

## **Das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ – Arbeitsphase 2023-2028**

*Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten schreibt für den Zeitraum 2023 bis 2028 das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ innerhalb des Verbandes neu aus. Alle interessierten Mitgliedseinrichtungen des AdB können sich bewerben. Die Neuausschreibung und Auswahl findet im ersten Halbjahr 2022 statt. Im Folgenden dargestellt sind die Rahmenbedingungen, die Struktur und die vier Schwerpunktthemen im Programm.*

### **1. Das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“**

Der AdB ist als Teil der Kinder- und Jugendhilfe im Handlungsfeld „Kinder- und Jugendarbeit und außerschulische Kinder- und Jugendbildung“ angesiedelt und wird daher aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), fußend auf §83, SGB VIII, gefördert. Die Förderung erfolgt unter der Maßgabe, dass über eine bundeszentrale Infrastruktur längerfristige und überregionale Aktivitäten gefördert werden.

Das Programm Politische Jugendbildung wird innerhalb des AdB im Rahmen dieser Förderung umgesetzt. Der AdB ist dabei verantwortlich für die fachliche Steuerung, Weiterentwicklung und Evaluation. Für die politische Jugendbildung im AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen ist das Programm bedeutsamer Impulsgeber für die (Weiter)Entwicklung von Angeboten der politischen Jugendbildung.

Das Programm zeichnet sich im Besonderen durch die überregionale Entwicklung und Ausgestaltung von Theorie und Praxis aus. Die Erarbeitung und Herausgabe von Arbeitshilfen, die Fort- und Weiterbildung von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden, die Initiierung von bedarfsgerechten Angeboten und die Entwicklung, Erprobung und Auswertung innovativer Modelle und Methoden der politischen Bildung sowie der Wissenstransfer in den Verband und das Feld der politischen Bildung sind dabei wichtige Bausteine.

Die inhaltliche und organisatorische Steuerung des Programms erfolgt in der Geschäftsstelle des AdB durch die/den Referent\*in für politische Jugendbildung und weitere Mitarbeitende.

### **2. Struktur des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ 2023-2028**

Für die sechsjährige Laufzeit des Programms erfolgt die Förderung von Einrichtungen/Trägern in Form einer anteiligen Stellenförderung, kombiniert mit einem Budget zur Umsetzung von Maßnahmen. Die im Programm beteiligten Jugendbildungsreferent\*innen arbeiten in vier Fachgruppen und kommen jährlich zu gemeinsamen Arbeitstagen zusammen.

#### **a) Stellenförderung Jugendbildungsreferent\*innen (JBR)**

Auf der Grundlage von ca. 20 Vollzeitäquivalenten werden ca. 24 JBR-Stellen mit einem Beschäftigungsumfang von 50 %, 75 % und 100 % ausgeschrieben. Die Einstellung von Jugendbildungsreferent\*innen erfolgt durch die jeweiligen am Programm beteiligten Einrichtungen. Stelleninhaber\*innen sollen i.d.R. über einen Masterabschluss möglichst im Bereich der Pädagogik oder Sozialwissenschaften verfügen und mindestens nach TVöD EG 12 oder analog eingruppiert werden.

Es bedarf bei der Einstellung abschließend der formalen Zustimmung des AdB-Personalausschusses. Dieser besteht aus der Referent\*in für politische Jugendbildung, einer Person der Geschäftsführung, den beiden Vorsitzenden des AdB und der im Vorstand für das Programm verantwortlichen Person.

Die Jugendbildungsreferent\*innen arbeiten jeweils zu einem Themenschwerpunkt und sind einer entsprechenden Fachgruppe zugeordnet. Sie sind mit mindestens 60 % ihrer jährlichen Arbeitszeit im gewählten Themenschwerpunkt tätig.

Jede Stelle wird entsprechend ihres Beschäftigungsumfangs zusätzlich mit KJP-Mitteln zur Umsetzung von Maßnahmen ausgestattet (siehe unter b). Diese Mittel sind ausschließlich für Maßnahmen im Themenschwerpunkt zu verwenden. Es erfolgt eine inhaltliche und rechnerische Prüfung vor Erstattung der Mittel durch die AdB Geschäftsstelle.

#### **b) Staffelung der Förderung im Rahmen des Programms:**

- I. Die Personalkostenförderung für Jugendbildungsreferent\*innen erfolgt bis zu einer Höhe von max. 60 % der tatsächlichen Personalkosten.
- II. Die Maßnahmenmittel werden je nach Stellenumfang wie folgt zur Verfügung gestellt:

<b>100 %</b>	<b>10.000 EUR p.a.</b>
<b>75 %</b>	<b>7.500 EUR p.a.</b>
<b>50 %</b>	<b>5.000 EUR p.a.</b>

#### **c) Fachgruppen (FG)**

Zu den vier Themenschwerpunkten werden Fachgruppen gebildet, die sich aus den Jugendbildungsreferent\*innen des jeweiligen Themenschwerpunkts zusammensetzen. Die Fachgruppen nehmen Aufgaben bundeszentraler Bedeutung wahr. Sie sichern den Erfahrungsaustausch untereinander, arbeiten an der konzeptionellen Weiterentwicklung des Themenschwerpunktes, entwickeln und erproben innovative Formate politischer Jugendbildung, initiieren bedarfsgerechte Angebote, erstellen themenspezifische Arbeitshilfen für die politische Jugendbildung und entwickeln Fortbildungsangebote für Multiplikator\*innen in der Jugendarbeit. Die Fachgruppen haben darüber hinaus die Möglichkeit alle zwei Jahre ein gemeinsames Fachgruppen-Vorhaben in ihrem Themenschwerpunkt umzusetzen. Zu diesem Zweck wird Ihnen ein Budget zur Umsetzung zur Verfügung gestellt.

#### **d) Arbeitstagungen**

In jedem Jahr finden eine fünftägige Zentrale Arbeitstagung (ZAT) und zwei zwei- bis dreitägige Tagungen der jeweiligen Fachgruppen statt, die von dem/der Referent\*in für politische Jugendbildung und den Koordinator\*innen der Fachgruppen gemeinsam vorbereitet werden. Die Arbeitstagungen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Fortbildung, der Initiierung bedarfsgerechter Angebote der politischen Jugendbildung und der Entwicklung, Erprobung und Auswertung innovativer Modelle und neuer Wege und Methoden der politischen Jugendbildung von überregionaler Bedeutung.

Eine Teilnahme an den Treffen und aktive Mitarbeit an den Fachgruppen-Vorhaben ist für alle Jugendbildungsreferent\*innen verpflichtend. Sie werden zu diesem Zweck von ihren Arbeitgeber\*innen freigestellt.

### **3. Grundlagen politischer Bildung im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“**

Im Programm Politische Jugendbildung im AdB wird durch vier Themenschwerpunkten eine thematische Rahmung für die kommende Arbeitsphase gesetzt. Angelehnt an die im April 2018 vom Vorstand verabschiedete Positionierung „Demokratie braucht politische Bildung“ liegt der Umsetzung der gemeinsamen Arbeit im Programm, in den Schwerpunkten sowie in den beteiligten AdB-Einrichtungen das im Folgenden skizzierte Verständnis von politischer Bildungsarbeit zugrunde.

Politische Bildung ist Bildungsarbeit, die sich mit dem Politischen – das heißt mit den das Gemeinwesen betreffenden Angelegenheiten – auseinandersetzt. Ihre Aufgabe ist es, anknüpfend an die Interessen und Erfahrungen der Teilnehmenden, die Zusammenhänge zwischen der eigenen Lebenssituation und den gesellschaftlichen Bedingungen deutlich zu machen und Teilhabemöglichkeiten aufzuzeigen. Sie orientiert sich dabei an den zentralen Kategorien von Politik: Konflikt, Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft, Willensbildung. Dazu gehört es auch, Privilegien, Diskriminierungen oder Ausgrenzungen sichtbar zu machen, um diese zu überwinden.

Demokratie, Teilhabe und Menschenrechte bilden den Referenzrahmen dieser emanzipatorischen, partizipatorischen politischen Bildung. Diese muss auch intersektional, inklusiv, barrierearm sowie diskriminierungskritisch gestaltet sein. Aufgabe dieser kritisch-emanzipatorischen politischen Bildungsarbeit ist es auch, bisher ausgeschlossene und benachteiligte Positionen sichtbar zu machen. In der ausgeschriebenen Arbeitsphase soll hierauf ein besonderer Schwerpunkt gelegt werden.

Die Bildungsarbeit im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ ist somit auf verschiedenen Ebenen gefordert dieses Verständnis umzusetzen.

Kindern- und Jugendlichen wird die kritische Auseinandersetzung mit Ursachen und Auswirkungen von Diskriminierungen sowie mit gesellschaftlichen Prozessen und Strukturen ermöglicht. Darüber hinaus sind dabei historische Kontextualisierungen, Kontinuitäten und Entwicklungen zu thematisieren und zu reflektieren. So soll ermöglicht werden, dass Teilnehmende sich selbst gesellschaftlich und politisch verorten können und in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden.

Angebote politischer Jugendbildung setzen an den Lebensrealitäten der Teilnehmenden an. Digitale Medien müssen dabei als Selbstverständlichkeit einbezogen und als realer Teil der Lebenswelt junger Menschen begriffen werden. Angeboten der politischen Medienbildung soll eine deutliche Aufmerksamkeit unabhängig vom Schwerpunktthema geschenkt werden.

Politische Jugendbildung muss Räume anbieten, in denen demokratische Aushandlungsprozesse und der Umgang mit Konflikten eingeübt und reflektiert werden kann. Kindern und Jugendlichen wird dabei eine aktive Mitgestaltung von Bildungsangeboten ermöglicht. Durch diese direkte Partizipationserfahrung werden sie in ihrer Selbstwirksamkeit bestärkt und gestalten den Bildungsprozess mit. Durch Reflexion dieser Erfahrung und den Transfer in ihren Alltag wird der Bildungseffekt unterstützt.

Im Kern der Bildungsarbeit im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ stehen die unten genannten Schwerpunktthemen, auf die sowohl in den Fachgruppen als auch in den beteiligten AdB Einrichtungen fokussiert werden soll. Dabei ist es Ziel, dass die Vorhaben auch immer über den eigenen Schwerpunkt hinausdenken in dem sie ihre Bildungsarbeit vor dem Hintergrund der genannten Grundlagen gestalten.

#### **4. Themenschwerpunkte des Programms**

Die ausgewählten vier Themenschwerpunkte sind tragfähig für eine sechsjährige Programmlaufzeit und sind so breit gefasst, dass die politische Jugendbildungsarbeit in den Mitgliedseinrichtungen daran anknüpfen kann. Als Leitprinzipien stehen der Lebensweltbezug junger Menschen, geschlechterreflektierte Ansätze und die Partizipation der Teilnehmenden im Mittelpunkt der Konzepte und Formate in den jeweiligen Themenschwerpunkten. Die Themenschwerpunkte für die neue Programmphase ab 2023 sind:

##### **a) Soziale Frage und politische Teilhabe**

Soziale Ungleichheit und Segregation macht sich in allen Lebensbereichen, gerade auch von Kindern und Jugendlichen, bemerkbar. Egal ob Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnraum, oder Ernährung, die Lebenschancen sind ungleich verteilt, ebenso wie die Teilhabe am politischen und kulturellen Leben. Nicht zuletzt in der Zeit der Pandemie haben sich die Auswirkungen der sozialen Frage nicht nur deutlich gezeigt, sondern auch weiter verschärft und vertieft. Offenbart hat sich dies insbesondere im Kontext von Bildung und den (nicht) vorhandenen Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, am digitalen Leben und Lernen teilzunehmen.

Kinder und Jugendliche erleben in ihren Bildungs- und Freizeiträumen von Anfang an das Vorhandensein und die Auswirkungen von Klassismus, sozialer Ungleichheit und ungleichen Teilhabemöglichkeiten. Eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten sind im Besonderen im Bereich der Digitalität, u.a. anhand des ungleichen Zugangs zu digitalen Endgeräten, unterschiedlichen Nutzungsgewohnheiten und an unterschiedlichen Zugängen zu Informationen, festzustellen.

Unsere Aufgabe in der Politischen Bildung ist es alle Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen, ihre Lebenswelt zu verstehen und zu gestalten. Teilhabe und Chancen(un)gerechtigkeit müssen ebenso wie Benachteiligung und Diskriminierung anhand der Kategorien von Macht, Herrschaft und Interessen in den Blick genommen werden.

Dazu gehört das Empowerment junger Menschen durch Aufzeigen ihrer Teilhabemöglichkeiten und Teilhaberechte in der (digitalen) Gesellschaft. Mit der Gestaltung von Lerngelegenheiten, um demokratische Selbstwirksamkeit erfahren zu können, sollten insbesondere Kinder und Jugendliche angesprochen werden, die oft die Erfahrung machen, dass ihre Interessen und Anliegen keine Berücksichtigung finden.

Zu diesem Schwerpunktthema gehört es auch, die Zusammenhänge und die Verwobenheit von sozioökonomischen Ressourcen und gesellschaftlicher Teilhabe deutlich zu machen. Die gesellschaftliche Spaltung, soziale Ungleichheiten und ihre Auswirkungen, der ungleiche Zugang zu Informationen sowie zu Ressourcen sollen hier Aspekte politischer Bildungsprozesse sein, aber auch die Möglichkeit und Bedeutung von solidarischem Handeln

Konkrete Themen in diesem Schwerpunkt können beispielsweise die Auseinandersetzung mit den Ursachen sowie mit den Folgen von sozialer Ungleichheit, wie u.a. mit steigender Kinderarmut oder den Veränderungen des Wohnungs- und Arbeitsmarkts und deren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien sein. Folglich zählt dazu auch die Beschäftigung mit Utopien und alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepten.

## **b) Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt**

Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Geschlechter, Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen müssen Ziele einer demokratischen Gesellschaft sein. Die gesellschaftliche Anerkennung und Gleichstellung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt hat im letzten Jahrzehnt bedeutende Entwicklungsschritte gemacht. Es bleibt jedoch ein Thema mit politischer Relevanz, was nicht nur deutlich wird durch tätliche Angriffe, sondern auch in alltäglichen Diskriminierungen in Schule oder Arbeitsleben, durch Sprache oder rechtliche Ungleichbehandlung.

Einer Bewertung und Abwertung von sexuellen Orientierungen und vermeintlich anderen Lebensentwürfen liegt eine tief verankerte Heteronormativität oder ein traditionelles Familienbild zugrunde. Das noch immer stark binär codierte Geschlechterbild mit seiner männlich dominierten Prägung verfestigt Machtstrukturen in der Gesellschaft weiterhin. Geschlecht wird in Politik und Gesellschaft kontrovers diskutiert und geschlechtliche und sexuelle Vielfalt wird oftmals zum Feindbild erklärt, Lebensrealitäten dadurch aberkannt und die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Entwicklung hin zu einer gleichberechtigten Gesellschaft dadurch eingeschränkt.

Besonders für junge Menschen spielt die Auseinandersetzung mit ihrem Körper, ihrer sexuellen Identität sowie ihrer Sexualität und den damit einhergehenden Lebens-/Beziehungsmodellen eine große Rolle. Junge Menschen verorten sich intersektional unterschiedlich und leben verschiedene geschlechtliche und sexuelle Identitäten. Kinder und Jugendliche, die selbst oder deren Lebensumstände von der heteronormativen Norm abweichen, sind bereits früh und alltäglich mit Diskriminierungen, Mobbing in Schule, Freizeit und am Arbeitsplatz konfrontiert.

Unsere Aufgabe in der Politischen Bildung ist es Kinder und Jugendliche zur Auseinandersetzung mit Themen geschlechtlicher und sexueller Vielfalt anzuregen. Im Fokus stehen hierbei auch die Sichtbarmachung und Sensibilisierung von Diskriminierungen aufgrund von sexueller oder geschlechtlicher Identität in Schule, Beruf und Gesellschaft. Hierzu zählt auch das Empowerment im Sinne gesellschaftlicher und politischer Teilhabe junger Menschen in der sexuellen Findungsphase und ihrer Identitätsbildung. Nicht nur für queere junge Menschen bieten hierbei digitale Formen von politischer Bildung neue Möglichkeiten der Vernetzung und der Identitätsfindung.

Konkrete Themen in diesem Schwerpunkt können beispielsweise die Rolle von Geschlecht und Sexualität, queere Wohn- und Lebensformen, Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder Auseinandersetzung mit (Anti-)Feministischen Bewegungen sein. Geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Sprache ist hierbei ein zentrales Werkzeug.

## **c) Rassismus und Antisemitismus**

Als Denkstruktur und in Form gruppenbezogener Vorurteile existieren Rassismus und Antisemitismus in der gesamten Gesellschaft. Die Schaffung und Aufrechterhaltung von rassistischen und antisemitischen Deutungsmustern und der damit verwobenen gesellschaftlichen Machtstrukturen beruhen auf Konstruktionsprozessen der vermeintlich „Anderen“.

Um die diskriminierungskritische Auseinandersetzung und die Bekämpfung von rassistischen und antisemitischen Strukturen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu ermöglichen, bedarf es einer Bewusstmachung für und einer Aufklärung über Rassismus und Antisemitismus. Dies wird vor

allem dann gelingen, wenn rassistische und antisemitische Diskriminierungen nicht (ausschließlich) aus einer weißen bzw. nicht-jüdischen Perspektive thematisiert werden. Rassismus und Antisemitismus sind dabei sowohl als eigenständige Phänomene als auch in ihrer Verwobenheit wahrzunehmen.

Eine Zunahme rassistischer oder antisemitischer Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung in Deutschland ist auch bei jungen Menschen zu verzeichnen. Beleidigungen und Ausgrenzungen in Schule, Freizeit, Beruf und ihrem digitalen Alltag haben oftmals einen Bezug auf rassistische bzw. antisemitische Denkmuster, Sprache und Vorurteile. Menschen, die von rassistischen und antisemitischen Diskriminierungen betroffen sind, werden oft nicht gehört oder ihre Positionen werden von der weißen Mehrheit der Gesellschaft relativiert.

Unsere Aufgabe in der Politischen Bildung ist es Kinder und Jugendliche zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus und der Reflexion der eigenen Verwobenheit in diskriminierenden Denk- und Handlungsmustern anzuregen. Junge Menschen werden dadurch ermutigt sich in ihrer (digitalen) Lebenswelt entschieden gegen Diskriminierungen aller Art und für Chancengleichheit in einer pluralen Demokratie einzusetzen.

Die Perspektiven und Erfahrungen von politischen Bildner\*innen und Teilnehmende, die von rassistischen und antisemitischen Diskriminierungen betroffen sind, müssen dabei wahrgenommen und einbezogen sowie Räume für Empowerment geöffnet werden.

Konkrete Themen können bspw. die Auseinandersetzung mit diskriminierender Sprache und eigenen Erfahrungen sowie mit diskriminierenden gesellschaftlichen Strukturen, Vorurteilen und Bildern sein. Neben dem Bezug auf die Lebenswirklichkeit junger Menschen können auch rassistische und antisemitische Hetze im Netz, die Geschichte des Rassismus bzw. des Antisemitismus sowie lokale Ausgangslagen in diesem Schwerpunkt ein Ansatz der Bildungsarbeit sein.

#### **d) Klimakrise und sozial-ökologische Transformation**

Die Klimakrise ist eines der gesellschaftlichen Megathemen, das uns in den kommenden Jahrzehnten beschäftigen wird. Die Zunahme von Wetterextremen, die Übernutzung natürlicher Ressourcen, der massive Schwund biologischer Vielfalt und von weiteren Klimafolgeschäden erfordern gesellschaftspolitisches Umdenken und Handeln. Es zeigt sich eine zunehmende Aufmerksamkeit für die Folgen und die Bekämpfung der Klimakrise.

Den Umbau des gesamten Wirtschaftssystems und die damit einhergehende sozial-ökologische Transformation so zu gestalten, dass eine gerechtere Verteilung des globalen Wohlstands erreicht wird, ist eine enorme Herausforderung. Diese Transformation wird auf lokaler Ebene sichtbar, muss jedoch im Besonderen auch auf globaler Ebene betrachtet werden. Hierbei wird es auch Transformationsverlierer\*innen geben, wenn z.B. ganze Wirtschaftszweige umgebaut werden. Durch die Klimakrise werden bereits bestehende globale Ungleichheiten deutlicher sichtbar.

Gerade bei vielen jungen Menschen hat dieses Thema in den letzten Jahren dazu geführt, dass sie sich stärker politisiert haben. Sie haben die Verantwortung für kommende Generationen in den Mittelpunkt der Diskussion gebracht und stellen damit viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auf den Prüfstein. Die Auseinandersetzung junger Menschen mit der Thematik muss jedoch auch immer die gesellschaftliche Dimension ihres Handelns sowie auch die Auswirkungen für andere Generationen mit im Blick haben

Unsere Aufgabe in der Politischen Bildung ist es ökologische Themen und Bildung für Nachhaltige

Entwicklung als kritische politische Bildung zu gestalten, um die Fragen nach dem individuellen ökologischen und ökonomischen Umgang mit Ressourcen vor dem Hintergrund der Transformationsprozesse in der Gesellschaft zu beleuchten. Hierbei ist auch einzubeziehen, wie insbesondere die digitale Transformation sozial und ökologisch gestaltet werden kann. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse müssen dabei auch in ihren globalen Zusammenhängen betrachtet und mit dem Ziel einer globalen Solidarität reflektiert werden.

Konkrete Themen in diesem Schwerpunkt können z.B. Fragen nach Mobilität, nach dem Einsatz von Energie, der Nutzung endlicher Ressourcen, der Ernährung oder dem Verhältnis von Ökologie und Ökonomie, sein. Auch Fragen von Generationengerechtigkeit, klimabedingten Migrationsbewegungen und klimaneutralem digitalem Wandel können in diesem Schwerpunkt bearbeitet werden.

Darüber hinaus können auch Bildungsangebote gemacht werden, die junge Menschen empoweren sich zu engagieren. In diesen sollte die Rolle und Einflussmöglichkeiten von Jugendbewegungen reflektiert und junge Menschen in ihrem wirkungsvollen Engagement gestärkt werden.

## **5. Bewerbungsverfahren und Auswahlprozess**

Die Mitgliedseinrichtungen des AdB können sich im Rahmen des Programms mit einem Vorhaben zu einem der vier Themenschwerpunkte um die Förderung der Stelle einer/s Jugendbildungsreferent\*in bewerben. Die Grundlage der Bewerbung ist ein inhaltliches Vorhaben in einem der vier Themenschwerpunkte. Die Bewertung und Auswahl der Vorhaben erfolgt durch eine Auswahlkommission. Diese besteht aus dem/der Referent\*in für politische Jugendbildung, der AdB-Geschäftsführung, bis zu vier Vorstandsmitgliedern, sowie bis zu zwei Expert\*innen mit beratender Funktion. Diese externen Berater\*innen verfügen über eine Expertise im Themenbereich rassismuskritischer Bildung und diversitätssensibler Organisationsentwicklung/Arbeitsweisen. Die Mitgliederversammlung hat beschlossen, dass bei der Auswahl der Anträge Vorstandsmitglieder, deren Einrichtungen selbst einen Antrag gestellt haben, nicht Teil im Themenschwerpunkt des eigenen Antrags in der Auswahlkommission sein dürfen.

## **6. Weiterer zeitlicher Ablauf**

November 2021	Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung
Januar 2022	Ausschreibung der Förderung im Programm Politische Jugendbildung im AdB mit Frist bis Ende März 2022
Juni 2022	Bis Ende Juni Auswahl der beteiligten Einrichtungen durch die Auswahlkommission und Beschluss des Vorstandes
Herbst 2022	Vorbereitungen zum Programmstart (Einstellungsgespräche, Budgetplanung, Fachgruppenplanung)

## **Beschluss der AdB-Mitgliederversammlung 2021**